

Umw A

OBERRÜBERGERMEISTER	
23. APR. 2003	
III	Zur
VI	Kr.
3 Antwort zur Ober-	
schrift vorlegen	

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Rathausplatz 2 90317 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90317 Nürnberg

Referat III	
23. APR. 2003	
Nr.	443
	z. w. V.
	z. Stellungnahme
	z. Vorlage der Antwort

Rathausplatz 2
90317 Nürnberg
Telefon: 0911 231 5091
Telefax: 0911 231 2930
e-Mail:
gruene@fraktionen.stadt.nuernberg.de
Internet: www.gruene.odn.de
SchmidtBank Nürnberg
Kontonr.: 010 037 063
Bankleitzahl: 760 300 70
Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
23.04.2003

Zukunft von wichtigen Maßnahmen zur Energieeinsparung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus dringlichen Gründen bitten wir im nächsten Umweltausschuss am 21.05.2003 um die Behandlung folgender Punkte:

1. Die Verwaltung berichtet über das Projekt „Stromsparen in Haushalten“ und legt dar, wie nach dem Auslaufen der ABM-Stelle dieses wichtige Thema weiter bearbeitet wird.
2. Die Verwaltung berichtet über den bisherigen Verlauf des Projekts „BHKW-Beratung“ und wie es nach dem Auslaufen der ABM-Stelle fortgeführt wird.
3. Die Verwaltung berichtet über die Zukunft der „Stiftung Stadtökologie“. Dabei kommt auch eine Vertreterin/ein Vertreter der Stiftung bzw. dem Stiftungsrat zu Wort.
4. Die Verwaltung berichtet, ob und wie „Stromsparen in Haushalten“, „BHKW-Beratung“ und einzelne Tätigkeiten der „Stiftung Stadtökologie“ in das Dienstleistungszentrum Bau integriert werden können.
5. Die Verwaltung wird künftig bereits frühzeitig im Umweltausschuss über sich abzeichnende Probleme im Bereich des kommunalen Klimaschutzes berichten und sich zusammen mit dem Umweltausschuss um mögliche Lösungen bemühen.

Begründung:

1. Nach jahrelangen Bemühungen wurde im Umweltausschuss im Juli 2001 das Projekt „Stromsparen in Haushalten“ auf den Weg gebracht, im März 2002 die AB-Maßnahme eingerichtet. Nachdem nun die Aktion „Musterhaushalte“ gerade angelaufen war, ist im März 2003 die AB-Stelle ausgelaufen und damit die Beratungstätigkeit eingestellt worden. Da es in vielen privaten Haushalten noch ein enormes Potenzial zur Einsparung von Strom gibt

und gerade unterprivilegierte und sozial schwache Haushalte oft große Stromverbräuche haben, die teilweise auch von Stromsperren betroffen sind (s. Sozialausschuss vom 13.03.2003), ist es erforderlich, von städtischer Seite aus über die direkte Ansprache und Vor-Ort-Beratung ein Angebot zur Einsparung von Strom und Energie zu machen.

2. Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wurde das Projekt „BHKW-Beratung“ eingerichtet. Blockheizkraftwerke stellen als kleine, dezentrale Kraftwärmekopplungsanlagen hoch effiziente Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme dar, deren Einbau sich unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur in größeren Wohneinheiten, sondern auch im Ein- und Zweifamilienhausbereich lohnt. Es bedarf hier noch verstärkter Beratungstätigkeit.
3. Die Zukunft der „Stiftung Stadtökologie“ war bereits Thema im Umweltausschuss am 12.03.2003. Aufgrund fehlender Finanzmittel (unzureichende Ausstattung der Stiftung) muss die Stiftung wahrscheinlich zur Jahresmitte ihre Beratungstätigkeit einstellen, weil die Teilzeitstelle nicht mehr finanziert werden kann. Dies wäre ein herber Rückschlag für die Bemühungen zur Energieeinsparung, hat hier die Stiftung Stadtökologie in kurzer Zeit im Gebäude- und Altbaubereich doch viele Maßnahmen auf den Weg gebracht. Deshalb ist im Umweltausschuss am 21.05.2003 über den aktuellen Sachstand zu informieren und muss eine Lösung zur Aufrechterhaltung der bisherigen Tätigkeit gefunden werden.
4. Wenn bestimmte Maßnahmen nicht mehr eigenständig finanziert werden können, muss nach Synergieeffekten und Einbettung in bestehende Einrichtungen gesucht werden. Bei den angesprochenen Bereichen Stromberatung, BHKW-Beratung und Stiftung Stadtökologie könnte dies durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem DLZ Bau geschehen. Das DLZ Bau wird von vielen BürgerInnen als kompetentes und unbürokratisches Beratungsangebot geschätzt.
5. Maßnahmen zur Energieeinsparung bedeuten wirksamen Klimaschutz und sind wichtige Investitionen in die Zukunft. Deshalb darf es sich die Stadt Nürnberg nicht leisten, solche Maßnahmen beim Auslaufen von ABM-Stellen einfach einzustellen. Von der Verwaltung wird vielmehr erwartet, dass sie den Umweltausschuss in allen Fällen frühzeitig informiert und sich gemeinsam mit dem Umweltausschuss um Lösungen bemüht.

Mit freundlichen Grüßen



Christine Seer
Stadträtin

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Grüne